

## **Passt Kölner Modell auch für Göttingen? Gegner sehen Wirtschaft ausgehebelt statt gefördert**

**Von Ulrich Schubert**

Zwischen 40 und 60 leer stehende Geschäfte gebe es in der Göttinger Innenstadt, erklärte Helmi Behbehani während der Ratssitzung zum Antrag der SPD-Fraktion. Besonders in den Seitenstraßen und Randlagen seien viele Läden schon lange verwaist. Die Göttinger Innenstadt sei zwar noch immer sehr beliebt, aber die Wirtschaft verliere ihre Kundschaft zunehmend an den Online-Handel. Folge: Die City werde unattraktiv. Würden schwer vermittelbare Läden vorübergehend oder dauerhaft in Wohnungen umgebaut und vermietet, könnte die Innenstadt mit einem Mix aus Wohnen und Handel wieder mehr belebt werden. Die Stadt Köln habe mit einer ähnlichen Kampagne bereits Erfolg, so Behbehani.

Das Kölner Modell werde allerdings vom Land Nordrhein-Westfalen durch zinsgünstige Kredite für die Umwandlung von Geschäften in Wohnraum gefördert, konterte Lara Piepkorn von den Grünen. Zentrale Einkaufsstraßen wie die Göttinger Fußgängerzonen seien dabei allerdings ausdrücklich ausgenommen. Wichtiger wäre es, in Göttingen das Baurecht und ähnliche strenge Vorgaben zu ändern, so Piepkorn. Dann könnten Hausbesitzer ohne Druck und leichter Wohnraum anbieten.

Die CDU/FDP-Gruppe sieht in dem SPD-Vorschlag einen „Schaufensterantrag im beginnenden Sommerloch“. Es gebe zwar viel Leerstand und zu wenig Wohnungen, bestätigte Ratsfrau Brigitte Eiselt (CDU). Es sei aber in erster Linie Aufgabe der Eigentümer und der städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft GWG, das zu ändern. Es sei vor allem kontraproduktiv, in dieser Situation Läden in Wohnungen umzuwandeln. Der Wirtschaftsstandort Göttingen und die Innenstadt würden attraktiver, wenn es viele kleine Fachgeschäfte mit hoher Qualität gebe. Die Stadt müsse den Einzelhandel „hervorheben“ und nicht durch eine Wohnraumkampagne „aushebeln“, so Eiselt.

Gegen die Vorbehalte der CDU/FDP-Gruppe hat der Rat den SPD-Antrag schließlich mehrheitlich angenommen: Die Stadtverwaltung soll die Idee detaillierter prüfen und dazu auch Gespräche mit Immobilienbesitzern, dem Einzelhandelsverband, Pro City und dem Verein Haus und Grund führen.

Göttinger Tageblatt vom 28. Juli 2014